

## Gefährliche Großmachtpolitik

Mit seinem Vorgehen auf der Krim hat sich Russland auf einen Weg begeben, der für den Frieden in Europa gefährlich werden kann. Die Verschiebung von Grenzen unter militärischem Druck ist inakzeptabel. Aber auch der Westen hat seinen Anteil an der Verschärfung der Lage.

Das Beispiel Ukraine zeigt, was passiert, wenn ein Land zum Objekt von Großmachtpolitik wird. Die Ukraine wird von zwei Seiten quasi in die Zange genommen. Auf der einen Seite stehen Wladimir Putin und seine Gefolgsleute in Moskau: Sie wollen die Ukraine einem von Russland kontrollierten eurasischen Wirtschaftsraum einverleiben. Auf der anderen Seite steht die EU, die ihren Einflussbereich auf das ukrainische Territorium ausdehnen möchte. Es spricht für sich, mit welchem Nachdruck Brüssel der Regierung in Kiew das EU-Assoziierungsabkommen angedient hat.

### Russland sieht sich vom NATO-Bündnis bedroht

Außerdem: die Ukraine ist jetzt schon „Partnerland“ der NATO und manche im Westen sähen es gerne, wenn sie auch formelles Mitglied würde. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde aber bedeuten, dass das westliche Militärbündnis seinen Machtbereich weiter ausdehnt - nach Osten hin.

Was in Russland zu Recht als Gefährdung der eigenen Sicherheit verstanden würde. Schließlich hat sich die NATO nach dem Fall der Mauer bereits deutlich in östliche Richtung vorgeschoben, bis an die Westgrenzen Weißrusslands und der Ukraine. Dazu kommt, dass es Bestrebungen gibt, auch Georgien in die NATO aufzunehmen.

Wer an die Geschichte des 20. Jahrhunderts denkt, an den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion, der wird verstehen, dass es in Russland massive Ängste vor einer militärischen Bedrohung aus dem Westen gibt. Ängste, die angesichts der von der NATO geschaffenen Fakten nicht unberechtigt sind. Spätestens an diesem Punkt wird auch Moskaus Kurs in der Krim-Krise nachvollziehbar, wenngleich er

Dass sie mit der Abspaltung der Krim das Völkerrecht verletzt haben, das müssen sich die Verantwortlichen in Russland durchaus vorwerfen lassen. Diejenigen aber, die jetzt in Washington, Berlin oder Paris lautstark gegen den Völkerrechtsbruch protestieren, sitzen in einem großen Glashaus. Für sie sind völkerrechtliche Bestimmungen, wenn es darauf ankommt, auch nur Makulatur. Beispiele?



*Die NATO vor der russischen Haustür: In den Jahren seit dem Mauerfall wurde das westliche Militärbündnis um zahlreiche Staaten im Osten Europas erweitert. Von Moskau wird das als massive Bedrohung gesehen.*

nicht zu billigen ist. Putin und Co. fühlen sich vom Westen unter Druck gesetzt, sie senden mit ihrem Vorgehen ein Signal: Wir sind bereit, unsere Einflussosphäre zu wahren, notfalls mit gnadenlos.

Gibt es genug. Da wären etwa der Irakkrieg der USA oder die NATO-Bombardements in Jugoslawien. Selbst Ex-Kanzler Schröder, damals politisch mitverantwortlich für die Bombenangriffe, erklärt

jetzt mal eben locker, er habe gegen das Völkerrecht verstoßen.

Was in der gegenwärtigen Situation dringend gebraucht wird: Die Bereitschaft auf allen Seiten zu Verhandlungen, die z.B. unter dem Dach einer bewährten Institution stattfinden könnten: der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE. Orientieren müssten sich die Gespräche am Prinzip der kollektiven Sicherheit.

Das heißt: Sicherheit kann nur miteinander geschaffen werden, nicht gegeneinander. Den Interessen aller Seiten muss Rechnung getragen werden. Nur auf dieser Basis kann der Frieden in Europa dauerhaft gesichert werden - die Politik der Konfrontation führt geradewegs in den Abgrund.

*Harald Will, DFG-VK München*

## Protest gegen Waffenmesse

Vom 7. bis 10. März fand im Messezentrum Nürnberg die 41. „IWA OutdoorClassics“ statt, die internationale Leitmesse für Jagdwaffen und Outdoor-Ausrüstung. Die DFG-VK Nürnberg war am 7. März mit einer Mahnwache präsent (siehe Foto). An den beiden Tagen vor der IWA gab es



die Spezialmesse „Enforce Tac“. Die ist für den Bedarf der Sicherheitsexperten von Polizei, Justiz, Grenzschutz und Militär gedacht. Einer der DFG-VK-Aktiven bemerkte zum Angebot auf der „Enforce Tac“: „Die Fantasie-Bekleidung und die Bewaffnung der Russen auf der Krim wirken, als hätten die sich auf dieser Messe eingedeckt.“

# Unbequeme Fragen zur Karriere bei der Truppe

Bundeswehr-Karriereberater besuchten jüngst vier Nürnberger Schulen. Die DFG-VK begleitete die Besuche vor Ort mit der Verteilung von kritischem Info-Material. Bei den Aktionen gab es positive Gespräche mit Schulleitung und Lehrkräften.

Im ersten Quartal 2014 waren vier Besuche der Bundeswehr-Karriereberatung an Nürnberger Gymnasien und Real- bzw. Mittelschulen geplant. Aktive der DFG-VK Gruppen Nürnberg und Erlangen waren der Meinung: da sollte man was tun, der Bundeswehr soll nicht alleine das Feld überlassen werden! So wurde beschlossen, Info-Materialien an die Schüler und Schülerinnen zu verteilen. An zwei Schulen, am Sigena-Gymnasium und der Georg-Ledebour-Schule, gab es dann im Januar Verteilaktionen. Die Schulleitungen wurden vorher informiert. Die Info-Blätter bekamen die Schulen ebenfalls im voraus. Außerdem erhielten sie Informationen über das „Projekt Frieden“ der DFG-VK mit der Beschreibung von verschiedenen Unterrichtseinheiten - als ein Beispiel für „Friedensbildung“ in der Schule.

Damit wollten wir die Werbung der Bundeswehr „ergänzen“, um grundsätzliche Fragen des Berufes eines Soldaten oder einer Soldatin zu thematisieren, die von der Karriereberatung nicht angesprochen werden. Grundsätzliche Fragen wie z.B. „Töten auf Befehl“, Einschränkung von Grundrechten, Übereinstimmung der Auslandseinsätze mit dem Grundgesetz, Kollateralschäden (bewusstes Inkaufnehmen des Todes von Zivilisten bei Kampfhandlungen), Gefährdung durch traumatische Belastung nach Kampfeinsätzen etc.

Vor und während der Verteilung kam jeweils der Schulleiter bei uns vorbei und äußerte Verständnis für

unsere Aktion. Dieselbe Reaktion ergab sich auch im Gespräch mit einigen Lehrkräften. Die Jugendsozialarbeit an Schulen interessiert sich ebenfalls für uns und hat angeregt, vor solchen Aktionen wie wir sie gemacht haben, auch informiert zu werden. Die Teilnahme der Schüler an der Berufs-Info der Bundeswehr war freiwillig und es machte nur ein kleinerer Teil davon Gebrauch.

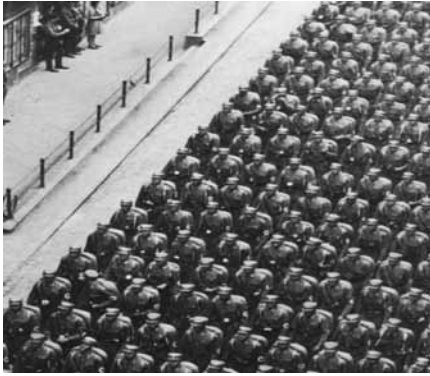


Insgesamt beurteilen wir die beiden Verteilaktionen als erfolgreich. Viele SchülerInnen nahmen unsere Infos an, es ergaben sich vereinzelt kurze Gespräche und wir konnten zudem die Problematik von Militär wirksam von außen direkt in die Schule transportieren. Solche „erfrischenden“ Aktionen sollten öfter durchgeführt geführt werden, um außerhalb von Veranstaltungen oder Kundgebungen auch andere Zielgruppen zu erreichen.

*Manfred Diebold,  
DFG-VK Erlangen*

Info-Blätter:

<http://www.dfg-vk.de/material/download/>  
<http://www.ippnw.de/common-Files/pdfs/Frieden/Lehrerinformationenblatt.pdf>



# Ohne Waffen gegen die Diktatur der Nazis?

Immer wieder hört man das Argument, pazifistisches Handeln sei im Kampf gegen Hitler aussichtslos gewesen. Aktive der DFG-VK Bayern arbeiten seit längerer Zeit an einem Informationsmaterial, mit dem diesem Argument entkräftet werden soll.

„Zum Sturz der Hitler- Diktatur brauchte es Patrioten und Soldaten. Weil wir Deutsche das wissen, sind wir keine Pazifisten.“ So formulierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder 2004, am 60. Jahrestag der Invasion der alliierten Streitkräfte in der Normandie, ein Standard- Argument gegen den Pazifismus. Immer wieder werden wir gefragt: Wie hätten Pazifisten denn ohne Militär Hitlers Macht brechen wollen? Darauf haben wir eine klare Antwort: Wir hätten Hitler erst gar nicht an die Macht gebracht! Sein Aufstieg und seine Gewaltherrschaft wären ohne die Unterstützung durch die deutschen Eliten, die Reichswehr und ohne paramilitärische Organisationen wie SA und SS undenkbar gewesen. Die Mehrheit

der Deutschen und Millionen von deutschen Soldaten unterwarfen sich dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam. Politischer Widerstand vor 1933 hätte die Nazis mit rechtsstaatlichen Mitteln verhindern können. Das ist nicht gelungen - weil es zu viele Judenhasser, Rassisten, Nationalisten und Militaristen gab und zu wenig PazifistInnen!

„Ohne den Pazifismus der 30er Jahre wäre Auschwitz überhaupt nicht möglich gewesen,“ sagte der damalige CDU- Generalsekretär Heiner Geißler im Juni 1983 im Bundestag. Er meinte die sogenannte Appeasement -Politiker vor allem Frankreichs und Großbritanniens, die sich mit den Gebietsansprüchen des deutschen Reiches arrangierten - in der Hoffnung, so einen Krieg verhindern zu können. Selbstverständlich wollten sie daneben ihre weltwei-

ten Interessen weiter verfolgen. Die Kolonialmächte der 30er Jahre kann mensch kaum als pazifistisch bezeichnen. Es gab keine „pazifistische“ Politik zur Verhinderung oder Eindämmung des Faschismus. Während des zweiten Weltkrieges gab es viele Versuche, gewaltfrei und zivil Widerstand gegen das Nazi-Regime bzw. gegen die deutsche Besatzungsmacht zu leisten. Die Aktionen waren vereinzelt, unkoordiniert und ohne vorher entwickeltes Konzept.

## Erfolge des Widerstands

Trotzdem waren sie im Einzelfall und teilweise wirkungsvoll. Mit ihnen konnte die Gewaltherrschaft nicht überwunden werden. Aber sie zeigen anschaulich die Möglichkeiten des zivilen Widerstandes.

In einem Faltblatt werden wir Beispiele für Erfolge von zivilem, gewaltfreiem Widerstand aufführen, den Regierungen, Organisationen Verbänden und Einzelpersonen geleistet haben, sowohl in den von der Wehrmacht besetzten Ländern wie im deutschen Reich.

Aus den Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen lassen sich Konzepte für zivilen Widerstand ableiten nach dem Motto: „Zivil handeln statt militärisch eingreifen!“ Ziele solchen Eingreifens sind die Sicherung der Menschenrechte, die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, die zivile Bearbeitung der sozialen und ökonomischen Konflikte und die Unterstützung von gewaltfreien Gruppen, die sich gegen diktatorische Regimes wehren.

*Thomas Rödl*

**Donnerstag, 22. Mai 2014  
19.30 Uhr, Friedensmuseum  
Nürnberg, Kaulbachstr. 2**

Veranstaltung mit

**Thomas Rödl**, Sprecher der DFG-VK Bayern und Geschäftsführer des HVM-Bildungswerkes: Einführung zum Thema „Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur - warum sich PazifistInnen mit diesem Thema beschäftigen.“

**Dr. Detlef Bald**, Historiker, Friedensforscher, München: „Historische Erfahrungen im Widerstand gegen das NS- Regime“

**Dr. Eckart Dietzfelbinger**, Mitarbeiter im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg: „Beispiele für pazifistischen Widerstand“







# Ostermarsch 2014

## Augsburg

Samstag, 19. April: 11.30 Uhr Kundgebung auf dem Königsplatz mit VertreterInnen von AFI/DFG-VK, VVN, pax Christi und der Initiative Friedliche Uni Augsburg. Anschließend Demo durch die Innenstadt.

## Ansbach

Samstag, 19. April: 13.30 Uhr Warm up vor der US-Kaserne Katterbach; 15.00 Uhr Kundgebung am Martin-Luther-Platz, anschließend Marsch durch die Innenstadt.

## Erlangen

Samstag, 19. April: Auftaktveranstaltung für den Ostermarsch am Montag in Nürnberg; 12.00 Uhr Kundgebung auf dem Hugentotenplatz. 13.15 Uhr Kranzniederlegung auf dem Langemarckplatz

## Traunstein

Samstag, 19. April: 11.00 Uhr Kundgebung auf dem Stadtplatz, anschließend Demozug; 12.30 Uhr Abschlußveranstaltung im Hofbräuhaus.

## München

Samstag, 19. April: 10.00 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst in der Markuskirche; 11.00 Uhr Auftaktkundgebung am Platz der Opfer des Nationalsozialismus;

ca. 11.30 Uhr Demonstrationszug zum Sendlinger-Tor-Platz, dort um 13 Uhr Abschlusskundgebung. Redner: (u.a.) Leo Mayer (isw)

## Fürth

Montag, 21. April: 12.45 Uhr Hiroshima-Denkmal im Stadtpark (Auferstehungskirche): Auftaktkundgebung für den Ostermarsch in Nürnberg, gegen 13.30 Uhr Fahrt mit öffentl. Verkehrsmitteln nach Nürnberg.

## Nürnberg

Montag, 21. April: Auftakt(e): 13.15 Uhr Olof-Palme-Platz; 14.00 Uhr Kopernikusplatz, anschließend Sternmärsche zur Hauptkundgebung vor St. Lorenz, Beginn: 15.00 Uhr; Redner (u.a.): Dr. Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag), anschließend (16.30 Uhr) Friedensgebet in St. Lorenz.

## Landshut

Montag, 21. April: 14.00 Uhr Auftaktkundgebung am Rathaus.

## Lindau

Montag, 21. April: Internationaler Bodensee-Friedensweg (= „Ostermarsch“) Treffpunkt: 13.00 Uhr, Westecke des Hafens; 15.15 Uhr, Inselhalle: Schlussveranstaltung „Aktuelle Europäische Friedensaufgaben“.

## Auf Achse für Frieden und Abrüstung

100 Jahre nach Beginn des I. Weltkriegs

FriedensFahrradTour 2014  
9. bis 17. August



Von Bamberg über Jena und Leipzig  
nach Berlin – Alexanderplatz  
zur Teilnahme am „Friedensfestival-2014“

Die erfolgreiche Friedensfahrradtour der DFG-VK zieht immer weitere Kreise. Im August wird es eine Sternfahrt nach Berlin geben. Anlaß ist das Gedenkjahr 2014 - vor hundert Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg.

Aus Bamberg, Köln und Rostock gibt es „Strahlen“ nach Berlin. Start in Bamberg und in Köln ist am 9.8., der Termin für Rostock steht noch nicht fest.

Am 16. August werden die TeilnehmerInnen der Tour durch Berlin radeln. Geplant ist, zu den Botschaften der am ersten Weltkrieg beteiligten Kriegsparteien zu fahren. Zum Abschluß soll beim alljährlichen Friedensfestival am Alexanderplatz eine „Friedenserklärung“ per Luftballons in die Welt gesetzt werden.

Infos: [www.dfg-vk-bayern.de](http://www.dfg-vk-bayern.de)  
Kontakt: [muenchen@dfg-vk.de](mailto:muenchen@dfg-vk.de).  
Wir bitten um Spenden zur Finanzierung der Fahrradtour auf das Konto der DFG-VK Bayern bei der GLS-Bank, IBAN: DE81 4306 0967 4006 1617 31  
BIC: GENODEM1GLS

## PAX AN

Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Schwanthalerstr. 133, 80339 München. Tel: 089 - 89 62 34 46, Di, Mi, Do 11.00 - 17.00 Uhr. e-mail: [bayern@dfg-vk.de](mailto:bayern@dfg-vk.de)

## Helmut-Michael-Vogel-Bidungswerk der DFG-VK Bayern: Für Frieden, Gewaltverzicht und Völkerverständigung!

Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet. Wir bitten um Spenden (abzugsfähig) auf das Konto IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 BIC: GENODEM1GLS

